



„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes Werden, als dienendes Glied schließt an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerkvereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Bierteljährlicher Abonnementpreis
1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere
bis zu 5 Exemplaren dient unter
einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr.
Desterr. Währung.

Expedition: Charlottenburg bei
Berlin, Englischstr. 24. Alle Post-
anstalten und Zeitungs-Speditionen
nehmen Bestellungen an.

Original-Russäcke u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 3.

Berlin, den 18. Januar 1889.

Siebzehnter Jahrgang.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder
vom
Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Seite 20 Pf. — Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentbehrlich.

Für Zusendung von Exponaten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Dest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenk,
Charlottenburg bei Berlin,
Englischstr. 24.

Verwaltungsstelle behördlicherweise Strafe verfügt werden, so hat diese der betr. sämige Beamte allein zu bestehen.

Die Meldungen sind, wie schließlich noch ausdrücklich bemerkt wird, nur da zu erstatte, wo örtl. Verwaltungsstellen unserer „Kranken- und Begräbniskasse“ bestehen; nur diese Orte sind auch unter Punkt 3 des nachfolgenden Protokolls ausgeführt.

Der Vorstand.
J. Bey, Aug. Münchow, Georg Lenk,
Vorsitzender. Hauptklassirer. Hauptschriftführer.

Die Versendung der Organe betreffend sei hierdurch wiederholt bemerkt, daß eine Änderung der Adresse des Empfängers in dem gegenwärtig in der Auflistung befindlichen Verband-Verzeichniß nur auf ausdrücklichen Wunsch der Ortsvereine erfolgt.

Georg Lenk,
Hauptschriftführer.

Amtlicher Theil.

An sämliche örtl. Verwaltungen der „Kranken- und Begräbniskasse“.

Gemäß § 19 d der Novelle zum Hilfskassengez. haben die örtl. Verwaltungen, d. h. die Vorstände der örtl. Verwaltungsstellen, jede in ihrer Zusammensetzung (durch die Neuwahlen) eingetretenen Aenderung der Aufsichtsbehörde am Sitz der örtl. Verwaltungsstelle anzumelden, welche Verpflichtung auch im § 19 Abs. 2 des Statuts unserer Kasse Ausdruck gefunden hat.

Eine „Aenderung“ in einer örtl. Verwaltung ist erst dann eingetreten, wenn die vollzogene Neuwahl durch den Vorstand gemäß § 17 Abs. 3 des Statuts bestätigt worden ist.

Die Bestätigung der Neuwahlen für 1889 seitens des Vorstandes, wie aus dem nachstehenden Protokoll ersichtlich, in der Sitzung vom 4. Januar 1889 erfolgt.

Wir fordern deshalb in Rücksicht auf das oben Gesagte nunmehr alle örtl. Verwaltungen auf, unverzüglich an die Aufsichtsbehörde ihres Sitzes, d. h. an den Gemeinde-Vorstand (Magistrat, Bürgermeister, Ortschulzen) dessenigen Orts, nach welchem die örtl. Verwaltungsstelle benannt ist, die für das Jahr 1889 gewählten Vorständen und Kassirer, nebst Angabe des Berufs und der Wohnung bezw. des Wohnorts, anzumelden.

Diese Annmeldung hat der Vorsitzende jeder örtl. Verwaltungsstelle zu bewirken und kann dieselbe schriftlich oder auch persönlich geschehen, je nach den Umständen.

Für die schriftliche Anzeige empfiehlt sich folgendes Schema, an welches sich die Vorsitzenden durchgängig halten wollen:

In den . . . (Name der örtlichen Verwaltungsstelle).

Auf Grund von § 19d des Hilfskassengez. vom 7. April 1876 bzw. 1. Junit 1884 heißt der Unterzeichnete hierdurch ergeben, mit daß der Vorstand der hiesigen örtl. Verwaltungsstelle der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerkvereins der Porzellan-, Glas- u. Arbeiter (eingeschiedene Hilfskasse) gegenwärtig aus folgenden Personen besteht:

Vorsitzender N. N. Porzellandreher, in N. N. . . . Straße Nr. . . .
Kassirer N. N. Porzellanmaler, in N. N. . . . Straße Nr. . . .

den . . . 1889.

(folgt Unterschrift und Wohnung ic. des Anmelders.)

Wir fordern die im nachstehenden Vorstandsprotokoll genannten Vorsitzenden aller Verwaltungsstellen hierdurch nochmals auf, die vorliegende Meldung gegenwärtig sofort und in Zukunft stets & nach Eintritt einer Aenderung in der Person des Vorsitzenden und Kassirers an die Aufsichtsbehörde zu erstatte.

Sollte durch Unterlassen dieser Meldung später in irgend einer

Gekanntmachung.

Den bisherigen Mitgliedern in Langewiesen diese hiermit zur Kenntnis, daß die Auflösung des Ortsvereins und der örtlichen Verwaltungsstelle Langewiesen laut Beschuß des Generalrathes und Vorstandes mit dem 15. Januar d. J. eingetreten ist, da trotz der Auflösungen des Generalrathes und Vorstandes zur Reuthal der Kassirer, bezw. überhaupt zur Neuwahl des örtlichen Vorstandes diese nicht stattgefunden hat, die für den 13. d. Jls. beabs. Wahl anberaumt gewesene Versammlung auch vor keinem Mitgliede besucht war.

Die noch vorhandenen Mitglieder in Langewiesen werden hierdurch zum Ortsverein Ilmenau überwiesen und erhalten gleichzeitig die Anweisung, ihre Beiträge nach Ilmenau an den dortigen Kassirer Gust. Seyfarth, Maler, Zwetschgenberg, behufs Wahrung ihrer Ansprüche in spätestens 14 Tagen, jedenfalls aber innerhalb der statutarischen Frist zu zahlen, anderentfalls der Ausschluß aus dem Kassen erfolgen müsse. Zahlungen an den früheren Kassirer Braun haben, wie besonders bemerkt wird, der Kasse gegenüber keine Gültigkeit mehr.

Der Generalrath und Vorstand.

Aug. Münchow, J. Bey, Georg Lenk,
Vorsitzender. Hauptklassirer. Hauptschriftführer.

13. Vorhandenstellung der Kranken- und Begräbniskasse (s. o.) vom 4. Januar 1889.

Logescheinung. 1. Zuschriften. 2. Kostenbericht für Dezember. 3. Plattingung örtl. Vorstände.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Hen. Münchow um 10½ Uhr Abends.

in Anwesenheit aller in der Generalrathssitzung zugegen gewesenen Mitglieder eröffnet und nach Genehmigung des Protokolls der 12. Sitzung in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1. Zwei Mitglieder von Höhr-Grenzenhausen haben dem Arzt bei ihrer Aufnahmeuntersuchung keine Mittheilung von einem Flechtenübel gemacht, mit welchem sie behaftet sind. Da dem Vorsitzenden Henkel gegenüber der Arzt die Angelegenheit für unerheblich erklärt hat, so wird von weiterer Verfolgung derselben abgesehen. — Der frühere Kassirer Pfau-Langewiesen hat nunmehr einen Nevers über seine Schuld von 42,14 Ml. an unsere Kasse eingesandt, bittet jedoch, Umstände halber, seine monatlichen Abenzahlungen von je 5 Ml. erst am 1. Februar beginnen zu lassen, was mit der Maßgabe genehmigt wird, daß vom genannten Termine an auf durchaus pünktliche Zahlungen seitens des Pf. gehalten werden soll. Da eine Neuwahl in Langewiesen noch nicht erfolgt ist, soll die Verwaltungsstelle nochmals zur Wahl aufgefordert werden und, wenn diese bis 14. Januar nicht angezeigt worden ist, am 15. als aufgelöst gelten; die vorhandenen Mitglieder sind dann in Ilmenau zu überweisen. — Der Regelung mehrerer Wahlangelegenheiten (Schreiberhau, Annaburg, Königszelle u. c.) stimmt der Vorstand im Sinne des Hauptrichters zu. Hinreichlich eines Weigerungsschreibens des in Stanowitz zum Kassirer gewählten Mitgliedes Aug. Gottwald, in welchem gesagt wird, er (G.) wolle die Wahl zum Kassirer annehmen, wenn ihm der Vorstand gestatte, den Kassirerschrank im Kohleschuppen aufzustellen (!), beschließt der Vorstand, den G. als Kassirer schon in Rücksicht auf die in dem Schreiben an den Tag gelegte erwähnte Ungezogenheit nicht zu bestätigen. — Eine Anfrage aus Reust-Magdeburg, ob die Kasse auch Brillen nur zum Zwecke des nicht beruflichen Besens bewillige, soll dahin beantwortet werden, daß darüber bei Vorlage des erforderlichen Attestes berathen und, sofern der Arzt die Brille als nothwendig für das Mitglied bescheinigt, dieselbe wohl auch bewilligt werden würde. — Eine fernere Anfrage von Magdeburg betreffend Beschaffung eines Gummitissens soll ablehnend beantwortet werden, da Gummitissen offenbar nicht zu den vorgeschriebenen „Heilmitteln“ gehören. — Dem Mitgliede Höhrich-Ilmenau wird ein Bruchband bewilligt. — Die Verwaltungsstelle Blankenhain wird wegen zu geringer Mitgliederzahl aufgelöst. — Das Aufnahme-Besuch-Dworzak von Wittenberg (Pfeiferitz) muß abgelehnt werden, da auch der Arzt die Aufnahme nicht empfiehlt. — Punkt 1 ist erledigt.

Zu Punkt 2 betragen die Einnahmen der Hauptkasse im Dezember 1888 2027,76 Ml., die Ausgaben 1740,16 Ml., Bestand am 1. Januar 1889 44.387,60 Ml.

Zu Punkt 3 werden als örtliche Verwaltungen für 1889 bestätigt von: Althaldensleben: Vors. Rob. Lange, Kass. Gust. Bolnis; Altwasser: Vors. Gust. Notha, Kass. Aug. Grallert; Annaburg: Vors. Aug. Dicmann, Kass. Jul. Kühlig; Berlin I: Vors. Karl Schilde, Kass. Alb. Bachmann; Berlin II: Vors. Osk. Trautloft, Kass. Ewald Hofmann; Berlin-Moabit: Vors. A. Kern, Kass. Aug. Münchow; Bössen: Vors. Ludw. Schräder, Kass. Karl Schmidlein; Bonn-Poppelsdorf: Vors. Georg Hausmann, Kass. Pet. Schwabach; Breitenbach: Vors. Wilh. Meisch, Kass. Wilh. Sauer; Breslau: Vors. Knuth Magnusen, Kass. Theod. Kraze; Budau: Vors. Herm. Schüler, Kass. Heinrich Vogel; Charlottenburg: Vors. Aug. Koch, Kass. Aug. Sägel; Cöln b. Meißen: Vors. Gust. Thes; Golditz: Vors. Gust. Höhn, Kass. Bonif. Müller; Düsseldorf: Vors. H. Dinkel, Kass. Pet. Wagner; Eisenberg: Vors. Jul. Kosberg, Kass. Wolfgang Bauer; Frankfurt a. M.: Vors. Otto Schulz, Kass. Karl Schüler; Freywalde: Vors. Aug. Förster, Kass. Herm. Hildebrand; Fürstenberg: Vors. Herm. Moloss, Kass. Louis Kreitmeier; Frauenwald: Vors. Emil Kühnleiz, Kass. Rudolph Grimm; Gotha: Vors. Karl Körner, Kass. Herm. Loefans; Großbreitenbach: Vors. Carl Ernst, Kass. Adolf Fritz; Hamburg: Vors. Henry Giese, Kass. Ferdinand Neumann;hausen: Vors. Joh. Krappmann, Kass. G. Horn; Höhr-Grenzenhausen: Vors. Paul Henkel, Kass. Wilh. Ketteler I; Ilmenau i. Th.: Vors. Günther Fischer, Kass. Gust. Senfirth; Kahla a. S.: Vors. Friedr. Müller, Kass. Herm. Deinhardt; Kochhütte: Vors. Aug. Gropp, Kass. Ernst Blümke; Königszelt: Vors. Aug. Schorff, Kass. Jos. Ruprecht; Kopenhagen: Vors. E. Kunze, Kass. W. Petersen; Leingdorf: Vors. J. Schlosser, Kass. El. Röttgen; Lettin: Vors. Carl Ludwig, Kass. Jos. Binder; Manebach: Vors. Georg Hammer Schmidt, Kass. Eduard Heyn; Mankendorf: Vors. Günther Kaufmann, Kass. Alb. Meister; Meissen: Vors. Herm. Stolz, Kass. Erman, Saudholec; Meuselbach: Kass. E. Ehle; Mitterteich: Vors. Adolf Herold, Kass. Christoph Fenzl; Moschendorf h. Hof: Vors. Otto Niednig, Kass. Joh. Zeidler; Neuhaldeinsleben: Vors. Bernh. Seifert, Kass. Andr. Meier; Neuhaus: Vors. Albin Kuhles, Kass. Raim. Gitter; Neuhausen: Vors. Joh. Stenger, Kass. H. Zahn; Magdeburg-Reußstadt: Vors. Paul Hellwig, Kass. Emil Hackbusch; Oberharz: Vors. Fr. Junghans, Vors. Ant. Sitte; Pieschen-Dresden: Vors. Bruno Thile, Kass. Mor. Riegelle; Pegau: Vors. Conrad Weller, Kass. Joh. Günther; Rheinsberg: Vors. Rob. Koboldt, Kass. Otto Schröder; Roda: Vors. Friedr. Heinz, Kass. Aug. Eichel; Rosenau-Passau: Vors. J. Greiner, Kass. J. Preßner; Roskau: Vors. Emil Werner, Kass. Heinr. Schmidt; Rudolstadt: Vors. Metz, Triebel, Kass. Ferd. Schuster; Schlierbach: Vors. Louis Raab, Kass. Ferd. Hart; Schmiedefeld: Vors. Ferd. Kempt, Kass. Gotthold Triebel; Schramberg: Vors. Otto Rapp, Kass. Ferd. Gramsamer, Schreiberhau: Vors. Ad. Rückert, Kass. H. Endler; Selb: Vors. Anton Lentner, Kass. Christoph Neupert; Skendorf: Vors. Theodor Ackermann, Kass. Berthold Vogel; Sophienau: Vors. Gust. Kemmel, Kass. Wilh. Barth; Sorgau: Vors. Aug. Thaele, Kass. Carl Körner; Stanowitz: Vors. Heinr. Longer, Kass. A. Nabs; Süderhain: Vors. Anton Werner, Kass. Heinr. Dietrich; Tiefenstein: Vors. Jul. Kühlig, Kass. Emil Tamáska; Unterlößnitz: Vors. Herm. Rabenstein, Kass. Alois Schmidt; Waldburg: Vors. Gust. Göttinger, Kass. Jul. Gerthsche; Weinergarten: Vors. Gust. Donath, Kass. Nicol. Matthes; Wittnau: Vors. H. Pegold, Kass. H. Kosswalz; Zell a. H.: Vors. Friedolin Hartler, Kass. Alb. Spörri. — Der Kassirer Gutte von Cölln kann nicht bestätigt werden, da derselbe nicht Mitglied der Kasse ist; aus gleichem Grunde muß die Bestätigung des Vorsitzenden Zahn von Meuselbach ausgesetzt werden. Von allen dort nur vor der Bestätigung je ein besonderer Vorsitzender und Kassirer vorgeschlagen werden, beide Amtsträger dürfen nicht durch eine Person vereinigt werden. —

Schluß der Sitzung 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachts.

Der Vorstand.

Aug. Münchow,
Vorsteher.

J. Bey,
Hauptkassirer.

Georg Lenz,
Hauptrichter.

Vorstandssitzung der Zuschuf-Kranken- und Begräbniskasse (c. S.) vom 4. Januar 1889.

Tagesordnung: 1. Zuschriften, 2. Kassenberichte.

Eröffnung 11 $\frac{1}{4}$ Uhr in Anwesenheit aller Mitglieder.
Zu Punkt 1 liegt ein Schreiben der Aufsichtsbehörde unserer Kasse vor, welche darüber Auskunft verlangt, ob in Buckau, woselbst der Kassirer (irrtümlich) der Behörde ein eingetreteres Mitglied gemeldet hatte, eine örtliche Verwaltungsstelle der Kasse besteht. Das Schreiben soll durch den Schriftführer im Sinne der statutarischen Bestimmungen verneint beantwortet werden.

Zu Punkt 2 stellten sich Einnahmen und Ausgaben in der Zuschufkasse wie folgt (die Berichte für Juli—November wurden bereits früher erstattet; der Bericht pro 3. Quartal ist veröffentlicht): Juli: Einnahme 2746,61 Ml., Ausgabe 2727,33 Ml., Bestand 3019,28 Ml.; August: Einnahme 611,78 Ml., Ausgabe 390,93 Ml., Bestand 3220,85 Ml.; September: Einnahme: 361,08 Ml., Ausgabe 238,27 Ml., Bestand 3122,81 Ml.; Oktober: Einnahme 652,00 Ml., Ausgabe 202,58 Ml., Bestand 3449,42 Ml.; November: Einnahme 915,81 Ml., Ausgabe 235,38 Ml., Bestand 3680,43 Ml.; Dezember: Einnahme 1058,18 Ml., Ausgabe 621,14 Ml., Bestand am 1. Januar 1889: 3937,04 Ml. — Schluß der Sitzung 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

A. Münchow,
Vorsteher.

J. Bey,
Kassirer.

Georg Lenz,
Hauptrichter.

Die Stellung unserer Arbeitgeberkorporationen zur Alters- und Invaliden-Versicherung.

(Schluß.)

Auch daß keine Ausnahmestellung einzelner Gruppen von Arbeitern und Unternehmern stattfinden solle, wie dies die Eingabe fordert, halten wir für richtig, indem wir annehmen, daß sich diese Forderung gegen die geplante Ausnahmestellung der Staatsbetriebe richtet. Mit Recht sagt die Eingabe, daß alle Arbeiter, von wem immer beschäftigt, in ganz gleichmäßiger Weise durch das Gesetz und die von denselben aufgerichtete Verwaltung zu behandeln seien.

Zu der Frage, ob das Kapitaldeckungsverfahren erforderlich oder ob das von der Eingabe gewünschte Umlageverfahren auch für die Alters- und Invalidenversicherung ebenso am Platze sei, wie für die Unfallversicherung, wollen wir Stellung nicht direkt nehmen. Die Einwürfe gegen Beides haben wohl gewisse Berechtigung; gegen das Umlageverfahren der her nicht genügenden Sicherheit und gegen die Kapitaldeckung der Einwurf der kolossalen Ansammlung von Geldwerten.

Mit Befriedigung erfüllen uns die Worte der Eingabe: „Wir finden es nicht für gerecht, bei der Wahl von Arbeitern tretern die freien Hülfekassen unberücksichtigt zu lassen; in dem Rahmen der von uns oben vorgeschlagenen Verwaltung würde diese Härte von selbst entfallen.“ Es liegt hierin zweifellos ein Anerkenntnis auch für unsere Vereinigung seitens der Vorstände unserer Arbeitgeberkorporationen. Ob diese Forderung, von Arbeitgebern ausgehend, aber trotzdem wohl bei der Regierung Gehör finden wird? Glauben können wir's nicht, schon nicht im Hinblick auf die Motive zu dem jetzt vorhandenen Entwurf, die, wie wir bekanntlich schon in einer früheren Nummer berichteten, diese Ausschließung der freien Hülfekassen ganz ungeschminkt als Strafe dafür hinstellen, daß die Arbeiter in den freien Hülfekassen „ein Zusammenspiel von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Lösung sozialpolitischer Aufgaben verhindern“.

Die Eingabe konstatiert sodann ausdrücklich, daß unsere Arbeitgeber „auf die Einführung der Quittungsbücher durchaus keinen Werth legen“. Den Arbeitern unserer Branche kann diese Erklärung nur lieb sein.

Mit Staunen erfuhr es uns aber, daß die Eingabe gegen eine Herabsetzung der Altersgrenze von 70 Jahren sich in so entschiedener Weise wendet, wie dies tatsächlich geschieht. Gerade in unserer Industrie, meinen wir, wäre die Forderung der Herabebung der Altersgrenze doch nur eine ganz natürliche, mindestens aber recht begreifliche. Es ist schon im allgemeinen off der Einwand gegen die Altersgrenze von 70 Jahren erhoben worden, daß nur eine geringe Zahl von Arbeitern diese Grenze überschreiten, d. h. in den Genuss der Unterstützung treten wird. Und statistische Angaben haben diesen Einwand wesentlich erhärtet. So hat erst kürzlich die bayerische Regierung eine interessante Zusammenstellung über die Sterblichkeit von Fabrikarbeitern und Richtfabrikarbeitern veröffentlicht, auf die hier ihrer Bedeutung wegen kurz hingewiesen werden mag. Die Publication bezieht sich auf den Generalbericht über die Sanitätsverwaltung im Königreich Bayern für die Jahre 1884 und 1885. In dem Abschluß, der sich mit den Zuständen im gewerblichen Leben beschäftigt, findet sich folgende Stelle: Dr. med. Schmidt in Brünn bei München findet, daß die Altersversorgung für Arbeiter in Spinnereien kaum (bei der 70jährigen Invaliden-Versorgung) in Betracht kommt infolge mangels höherer Altersklassen. Dr. Schmidt stellt die Todessätze von Arbeiterfamilien denen der Richtfabrikarbeiter gegenüber und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Sterblichkeit der Arbeiter nach Altersklassen auf je 1000 Köpfe	Fabrikarbeiter		Richtfabrikarbeiter		
	1—12 Jahre	13—19	20—29	30—39	40—49
	23,61	6,45	19,44	20,88	11,80
	15,79	2,14	5,00	5,71	7,14

	auf je 1000 Köpfe	
	Fabrikarbeiter	Nichtfabrikarbeiter
50—59	8,34	8,57
60—69	6,25	20,00
70—79	2,78	25,79
80—89	—	9,28
90—100	—	0,71

Es geht jedenfalls aus der Schmidtschen Statistik hervor, daß die erdrückende Mehrheit der Fabrikarbeiter die höheren Altersklassen nicht erreicht, daß sie gemeinlich sterben, bevor sie fünfzig Jahr alt werden.

So also liegen die Verhältnisse im allgemeinen, und speziell in unserem Gewerbe liegen sie sicherlich nicht besser. Weshalb also diesen Verhältnissen gegenüber die Eingabe sich so „ausdrücklich“ aussprechen kann gegen die Herabsetzung der Altersgrenze, ist uns unbegreiflich. Das Roessler'sche Attache, die Grundlage für die Beratung der oben besprochenen Eingabe an den Reichstag enthält diese Verwahrung gegen die Herabsetzung der Altersgrenze nicht. G. L.

Sozialpolitische Nachrichten.

** Die Kommission des Reichstages für die Alters- und Invaliditäts-Versicherung beendigte am Freitag d. 11. die Generalberatung der Vorlage. Die Verhandlung bot in der Vielseitigkeit der vertretenen Ansichten dasselbe Bild, wie die Erörterungen im Plenum. — In der Abendsitzung der Kommission vom 14. d. M. wurde von dem freisinnigen Abg. Schmidt die Einbeziehung der Versicherung der Wittwen und Kinder sowie der vorübergehend Erwerbsunfähigen für wünschenswerth erklärt. Um die Fürsorge für die Hinterbliebenen zu übernehmen, würde ein Beitrag von wöchentlich 22 Pf. nothwendig sein. Minister v. Bötticher erwiderte, daß die Wittwen- und Waisenversorgung kommen müsse, man solle aber das gegenwärtige Gesetz noch nicht damit belasten. Nach der andern Richtung werde die Krankenkassen-Novelle insofern eine Aenderung herbeiführen, als in dem Statut der Krankenkassen die Bestimmung getroffen werden könne, die Krankenunterstützung bis auf ein Jahr auszudehnen. Von anderer Seite wurde bezweifelt, daß die Krankenkassen bereit seien würden, aus eigenem Antriebe eine solche Bestimmung in das Statut aufzunehmen. Abg. v. Manteuffel behielt sich vor, bei der zweiten Lesung die Hineinziehung der Wittwen und Waisen zu beantragen.

** Nach dem dem Reichstage vorliegenden Bericht über die Berufsgenossenschaften für das Jahr 1887 betrug der Durchschnittslohn in 57 Berufsgenossenschaften 631,50 M. gegen 652,67 M. in 1886, ist also um $\frac{3}{4}$ p.Ct. gesunken. In 25 Genossenschaften sind die Löhne um 0,12 bis 20 p.Ct. gestiegen, dagegen in 30 um 0,13 bis 24 p.Ct. gesunken und in 2 Genossenschaften konstant geblieben. Den höchsten Durchschnittslohn in 1887 hatte die Hamburgische Baugewerks-Genossenschaft (1008 M.), den niedrigsten die Zürcher Genossenschaft (314).

** In der Reichstagsitzung vom 12. d. Mts. stand zur Beratung der Antrag der Abgeordneten Baumhöck u. Gen. (freis. Partei) auf Errichtung von gewerblichen Schiedsgerichten. Die vorgeschlagene Resolution lautete: „Der Reichstag wolle die verbündeten Regierungen ersuchen, dem Reichstag baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung von Gewerbesrichten, vorzulegen mit der Maßgabe, daß die Beisitzer, derselben zu gleichen Theilen von den Arbeitgebern und von den Arbeitern in getrennten Wahlkörpern und in unmittelbarer gleicher und geheimer Abstimmung gewählt werden.“ — Nach längerer Debatte wurde die Resolution angenommen, ausgeführt wird sie aber bei der kühlen Haltung der Regierung dieser Frage gegenüber wohl nicht werden.

** Eine für Sonntag, 13. Januar er. Vormittags 11 Uhr von der Tarifkommission der Berliner Buchdrucker einberufene allgemeine Buchdrucker-Versammlung ist vom Polizeipräsidium in Berlin unter der Angabe verboten worden, daß an Sonntagen größere Versammlungen nicht mehr stattfinden dürfen. In der von genannter Kommission (einer Einrichtung, welche aus der zwischen den Prinzipalen und Gehülfen des deutschen Buchdruckergewerbes geschlossenen Tarifgemeinschaft hervorgegangen ist) einberufenen Versammlung standen nur Gegenstände auf der Tagesordnung, welche von fachgewerblichem und örtlichem Interesse für die beteiligten Mitglieder des Berliner Buchdruckergewerbes sind. — Das Verbot ist jedenfalls ein Zeichen der Zeit; im Vereinsgesetz ist dasselbe nicht begründet, dennoch kann der Berliner Polizeipräsident auf Grund des kleinen Belegerungsstandes sehr wohl solche allgemeinen Grundsätze bei den von ihm zu ertheilenden Genehmigungen der Versammlungen anwenden. Daß das Versammlungsrecht der Arbeiter dadurch eine Einschränkung erleidet, bedarf keiner Erwähnung.

Personal-Nachrichten.

Magdeburg-Neustadt, 14. Januar 1889. Seinen Kollegen und Freunden in Schramberg und Fürstenberg die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Steingutdrehner Philipp Wagner, nach kurzem Krauseulager am 8. Januar verstarb.

Für die rege Teilnahme an seinem Begräbnisse sage ich den Dreher-Personalen zu Neustadt und Wiedau, sowie fernher für den erhebenden Grabgesang dem Gesangvereine des Dreher-Personals zu Magdeburg-Neustadt meinen innigsten Dank.

Achtungsvoll
Witwe Hermine Wagner.

Litterarisches.

Die „Blätter für Genossenschaftswesen“ (Beilage von C. Welt's Nachf., Leipzig), begründet von Dr. Schulze-Delitzsch als „Sitzung der Zukunft“, haben ihren 36. Jahrgang begonnen. Wie die Verlags-Annonce anzeigt, ist der Umfang derselben erweitert. Die Blätter werden nun entweder in einer Stärke von mindestens einem Druckbogen erscheinen. Alle C. Welt's Genossenschaftswesen und Genossenschaftsrecht des Zu- und Auslandes berührenden Fragen werden erörtert — vollkommen unparteiisch — behandelt, daneben bringen dieselben auch volkswirtschaftliche Artikel. So z. B. wurde im vergangenen Jahre durch eine Reihe von Nummern die Alters- und Invaliden-Versicherung besprochen. Die Blätter dienen nicht nur dem praktischen Genossenschaftsleiter, sondern auch jedem Volkswirth reichen Gute.

Die Nr. 1 vom 5. Januar d. J. bringt in 11, Bogen folgende Titel: „In neuem Jahre“ vom Umwelt A. Schmid. Es wird der bedeutendste Ereignis des vergangenen Jahres gedacht, hingewiesen auf die fortgesetzte Entwicklung der deutschen Genossenschaften und der Entwurf des neuen Genossenschaftsgesetzes einer kurzen Kritik unterzogen. — „Die Zukunft im Bauschäftsgeschäfte in den Jahren 1882—1887.“ F. Thortwatt weiß an der Hand der Jahresberichte zahlenmäßig das ununterbrochene Sinken des Zinsfußes für die gewährten Bauschäfte nach und widerlegt je nach dem Gegegnern der Genossenschaften so häufig erhobenen Vorwurf, daß die Preisvereine zu theueren Bedingungen bei Bauschäftnehmern quittieren. Die Bewegung der Zinsfuß wird an dem Stand des Zinsfußes der preußischen bzw. Reichsbank bemessen. — „Die Sitzungen der Zukunft.“ Dr. Stiftsberg bespricht die Ursachen, welche die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften gehindert haben, die von Dr. Schulze-Delitzsch als Zukunft der Zukunft bezeichnet sind. — „Eigner Herrl ist Goldes werth.“ Walter Brandts auf die Ursachen, welche die Erfindung von Baugewerkenfazetten erschwerten, werden die Leiter der Konsumvereine aufgefordert, diesen Genossenschaftsvertrag mehr ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, da die Konsumvereine ihr Kapital-Sammelstellen für die Baugewerkenfazetten seit Jahren. — Genossenschaftsrecht: „Wechselvotest“. — „Die Bauschäftvereine in Südbund.“ Nach einer kurzen Entstehungsgeschichte dieser Vereine bringt Dr. Erker aus einer der Anwaltschaft von dem Geschäftsführer der südbund. Bauschäftvereine Heinrich Höltje zusammengestellten Statut interessante Mittheilungen über den jetzigen Stand der Vereine. — „Beschluß nicht abgehoben! Mit niederguthaben.“ Stadtsyndicus Dr. Schulze-Delitzsch bespricht ausführlich die Zulässigkeit einer im Statut getroffenen Bestimmung über die Verjährung der Mitgliederguthaben nach dem Genossenschaftsgesetz und den einzelnen Landesgesetzen.

Vereins-Nachrichten.

§ Waldenburg. In unserer Nachm. 3 Uhr von Dr. Schröder eröffnete Ortsversammlung vom 9. Dezember 1888 (das Protokoll ging und unterst. 14. Januar zu, konnte also nicht eher veröffentlicht werden. Red.), welche von 28 Mitgliedern besucht war, wurde nach der Meldung der Nominierung eines Mitgliedes und nach Erledigung der Vorstandswahl von Dr. Alischer der Antrag gestellt, die Schrift über Franz Duncker für die Bibliothek zu beschaffen. Dies beschloß die Versammlung. — Dr. Pähler beschwerte sich sogleich über Anhäufung der neuen Statuten, überhaupt über die hohen Ausgaben der Vierteljahrs-Abschlüsse; es wäre besser, die Beiträge zu erniedrigen, als zu jeder Generalversammlung neue Statuten drucken zu lassen. Auch betont Dr. Pähler, daß die Mitglieder kein Geld haben für den Beitragskorb. Redner wünscht das Protokoll in der „Ametse“ zu lesen. — Hierzu nimmt Dr. Deuse die Anmeldungen und Beiträge zur Versicherung entgegen. — In der Versammlung der Kranken- und Meigränz-, sowie Zuschusklasse teilte Dr. Alischer mit, daß die Zuschusklasse mitglieder weder Stimme noch das Recht hätten, Anträge zu stellen. — Schlüß der Versammlung 6½ Uhr. — Max Richter, Schriftf.

§ Meissen. In unserer Ortsversammlung vom 7. Januar wurde nach Erledigung der Verhandlungen, in welchen u. A. die für Cölln erlassene Versammlungsanzeige für den 7. Januar dahin richtiggestellt wurde, daß dieselbe für Meissen gelten soll, am Schluß noch dem neuen Ortsverei Cölln, welchen 8 Mitglieder von hier aus bestreiten sind, ein dreifaches Hoch gebracht, mit dem Wunsche, daß mit ihm zugleich ein neues Leben in agitatorischer Beziehung hier am Orte sich entfalten möge. — Max Schröder, Schriftf.

§ Mit der Veröffentlichung folgerter allgemeinen Neuordnungen einzelner, wie oben wiedergegeben, wird doch eigentlich wahrlich nichts bewirkt. Deshalb wendet sich der Redner nicht, wenn er glaubt, mit Recht über zu hohe Ausgaben etc. in den Abschlüssen klagen zu können, mit einem bestimmt Angaben enthaltenden Antrage an die Ortsversammlung, damit so klar gestellt wird, ob die Beschwerde durch die Mehrheit der Versammlung genehmigt wird oder nicht! Das schiene uns richtiger. Dr. Pähler's Antrag über die Statutenbeschaffung dürfte kaum von vielen Mitgliedern getheilt werden. Der Ausdruck „hohe Ausgaben“ ohne nähere Bezeichnung, wo diese zu montren seien, ist ohne Bedeutung. Den gleichen Mangel haben wir betr. der Neuerung des Hrn. Alischer zu bestreiten, sofern diese so gethan würde, wie sie wiedergegeben wird. Wo und wann haben die Zuschusklasse Mitglieder den weder Stimme noch das Recht, Anträge zu stellen? Bei der letzten Gen. Versammlung z. B. haben die betreffenden Mitglieder ebenso gut Abstimmen wie gewählt und Anträge gestellt, wie die Mitglieder der Kranken- u. Meigränzklasse.

In Bezug auf die Veröffentlichung der Protokolle handeln wir einfach dem Statut und dem Beschuß der letzten Generalversammlung gemäß, wenn wir dieselben nur veröffentlichen, soweit ihr Inhalt für die Mitglieder ein „allgemeines Interesse“ hat. Wog man in den Ortsvereinen möglich Sorge tragen, daß sich dies leidet hinsichtlich aller Protokolle behaupten läßt, wie werden dann wahrscheinlich keine verlassen; mag man die Handlungen in den Ortsvereinen überall so gestalten, daß sie sich nicht nur um gesellschaftliche Dinge oder rein innere Angelegenheiten drehen und man kann fernher überall für die Wahl wichtiger Schriftführer sorgen, die auch im Stande sind, interessante Veränderungen in permanenten und ausgetragten Weise wiederzugeben. Wir waren die letzten, die der Veröffentlichung solcher Protokolle entgegen waren. — Die Redaktion

in Anwesenheit der eröffnet und abgeschlossen der Generalrathskasse des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- u. Arbeiter pro 4. Quartal 1888.

Bur. bei der	Einnahme	Mt.	Pf.
zu Vortrag	699	21	
Prozentabgaben	4 096	85	
Zinsen	332	—	
Kassenbestände	101	74	
Verkaufes Büromaterial	18	—	
Gerichtskosten-Vorschuss	3	50	
Sonstige Einnahmen	109	50	
	5 360	80	
Gesammt-Berücksichtigung der Generalrathskasse:			
4% Berliner Pfandbriefe	8 550	—	
31/2% Preuß. Konsols	7 500	—	
31/2% Reichs-Anleihe	13 200	—	
Kassenbestand	643	66	
	29 893	66	
Ortsvereine Ende 3. Quartal 1888	76		
Mitgliederzahl Ende 3. Quartal 1888	2854		
Kassenbestand der Ortsvereine Ende 3. Quartal 1888	1 877	29	
	31 770	95	

Ausgabe	Mt.	Pf.
Der Gehalt des Schriftführers	300	
Porto	86	40
Büreaubedarf und Material	29	95
Drucksachen (Statuten- und Quittungsbücher)	338	60
Entschädigung für Generalrathskasse-Sitzungen	16	10
Entschädigung für Zentralrathskasse-Sitzungen	4	50
Entschädigung für Kommissions-Sitzungen	9	—
Entschädigung für Revision der Kasse	4	—
Anlegung einer Stammliste	111	60
Beitrag an die Organkasse, 4. Quartal	414	—
Reisegeld und Diäten für Agitationsreisen	178	30
Aushilfe an Ortsvereine	392	54
Verbandskasse, 3. Quartal	265	25
Abonnement für das Verbands-Organ pro 4. Quartal	157	—
Gekaufte Werhpapiere	2 292	77
Rechtsanwaltskosten	17	88
Depotgebühren	3	45
Bureau-Utensilien	18	—
Bureau-Miete	25	50
Bureau-Reinigung	8	—
Heizung	17	80
Beleuchtung	5	40
Sonstige Ausgaben	21	10
	4 717	14
Saldo	643	66
	5 360	80

Revidirt und für richtig befunden. Charlottenburg, den 14. Januar 1889.
E. Huve. Alb. Schmidt. H. Voigt.

Charlottenburg, den 1. Januar 1889.

J. Ben., Schriftführer.

Amtlicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommener und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Unter nachstehend verzeichneten Daten wurden aufgenommen:

1) In den Gewerbeverein und die Kranken- und Begräbniskasse:
Meissen; 5. 1. 89. A. Schwense; Dissenfurt; 5. 1. B. Hanisch, H. Börrmann; Sophienau; 12. 1. G. Hillmer; Manebach; 5. 1. C. Dehms, C. Hartung; Wittenberg; 5. 1. N. Heene.

2) In den Gewerbeverein und die Zuschuss-Kranken- und Begräbniskasse:
Oberhausen; 5. 1. W. Weißel.

3) In den Gewerbeverein (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):

Mankenbach; G. Scherf; Breslau; P. Heger; Höhr; W. Roskopf; Petersdorf; A. Fischer; F. Küchel; Berlin II; H. Richter, H. Behnemann, C. Richter, B. Schulz; Rehau; G. Hoffmann, P. Wirkner, P. Hertel, F. Hertel, G. Sammit, G. Hager.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus Gewerbeverein und Kranken- und Begräbniskasse:
Bonn; G. Möltgen; Höhr; A. Simon (auf Reisen); F. Wittelsberger; Wittenberg; G. Honke, G. Potz (beide auf Reisen); Schreiberhan; B. Hanisch.

2) Aus Gewerbeverein und Zuschuss-Kranken- und Begräbniskasse:
Kashütte; H. Sternkopf; Altwasser; H. Wagner (auf Reisen); Sorgau; G. Kendziora; Roschütz; C. Feuerstein.

3) Aus dem Gewerbeverein:

Höhr; A. Dörsch (auf Reisen); Frankfurt; C. Luther; Beutelsdorf; A. Pampus; Potsdam; A. Fischer; Roschütz; H. Badstübner, H. Richter, M. Brücker, Hirschfeld; F. Seuß; Waldenburg; O. Deuse; Schreiberhan; A. Otto, F. Geissel.

Der Generalrat und Vorstand.

A. Münchow, J. Ben., Georg Ben.,
Vorsitzender, Hauptkassirer, Schriftführer.

Dauertzung über eingesandte Gelder im 4. Quartal 1888:

Altshausenleben Mt. 1076,15, Altwasser 1085,42, Annaburg 242,18, Berlin I 197,76, Berlin II 42,58, Berlin-Moabit 138,51, Beutelsdorf 9,90, Blankenhain 157,58, Boffzen 53,03, Bonn 259,49, Breitenbach 133,77, Breslau 86,92, Buckau 292,35, Charlottenburg 245,01, Colditz 37,11, Dresden 266,48, Düsseldorf 60,95, Eisenberg 258,04, Frankfurt 94,54, Freienwald 9,87, Fürstenberg 248,30, Gotha 83,50, Großbretzenbach 61,61, Hamburg 54,07, Haaren 99,82, Höhr 78,42, Ilmenau 321,64, Kahla 133,74, Kashütte 254,51, Königszelt 627,46, Kopenhagen 92,94, Langewiesen 74,07, Lautzen 5,42, Lengsdorf 75,27, Lettin 121,77, Manebach 170,48, Mansbach 81,07, Meissen 79,71, Meuselbach 43,91, Magdeburg 177,67, Mitteterich 7,26, Neuhausenleben 366,14, Neuhause 73,66, Neuleiningen 33,02, Oberhausen 211,38, Overhöndorf 30,04, Petersdorf 47,96, Plaue 128,21, Rehau 121,49, Röda 79,53, Rositz 56,32, Rosenu 61,55, Roslau 22,54, Rudolstadt 711,56, Selb 334,05, Schedendorf 191,40, Sophienau 189,51, Sorgau 287,29, Schlierbach 315,76, Schramberg 290,73, Schmiedefeld 45,05, Schreiberhan 155,15, Stanowiz 145,34, Stützerbach 98,81, Tiefenfurt 254,08, Unterodip 42,76, Werdamm 18,05, Waldenburg 262,97, Weingarten 121,22, Zell 166,05, Mochendorf 53,78, Hanisch-Düsseldorf 1,00, Fröttmaning 2,02, Personal Freywalde 1,00, Spaz. Neuleiningen 5,00, George-Berlin 2,00, Püttigen-Berlin 36,00, Rieses-Berlin 11,20, Stamm-Berlin 1,50, Moritz-Charlottenburg 189,16, Dintel-Düsseldorf 1,00, Daniel-Erfurt 8,00, Möller-Schmiedefeld 10,00, Rosse-Berlin 6,30, Weisse-Dresden 7,50, Raist-Dresden 2,00, Schlegel-Colditz 3,00, Uschi-Berlin 57,72, Hora-Altmühl 7,60, Schmidt-Röderle 2,03, Müller-Germerode 1,00, Schmetzweidau 3,09, Summa Mt. 12 999,65.

Von den Hauptkassen sind im 4. Quartal zurückgezogen:
Lauda Mt. 97,50, Eisenberg 191,30, Königswalde 308,78, Annaburg

40,00, Manebach 60,00, Kopenhagen 35,94, Moabit 500,00, Höhr 41,15, Dresden 389,99, Wittenberg 120,00, Rudolstadt 683,64, Stützerbach 98,81, Langewiesen 44,00, Altwasser 288,02, Roslau 22,54, Ilmenau 234,09, Neuhaus 133,66, Bonn 308,55, Rheineberg 70,00, Schedendorf 437,69, Haufen 70,00, Schlierbach 92,72, Fürstenberg 135,55, Meuselbach 63,91, Lengsdorf 225,27, Schramberg 206,48, Charlottenburg 293,51, Oberhausen 415,40, Buckau 75,00, Berlin I 80,00, Blankenhain 244,58, Rehau 40,00, Frauenwald 41,35, Summa Mt. 6089,43.

Quittung über eingesandte Käutionen im 4. Quartal 1888:

Mochendorf Mt. 2,57, Stanowiz 5,82, Breslau 2,44, Neuleiningen 1,58, Berlin I 0,93, Oberhausen 6,35, Selb 10,30, Buckau 15,20, Schmiedefeld 1,74, Sorgau 6,74, Oberhöndorf 0,84, Magdeburg 8,61, Boffzen 1,08, Werdamm 0,22, Königszelt 24,60, Höhr 3,05, Altwasser 39,42, Meissen 2,47, Ilmenau 8,19, Unterodip 0,78, Schedendorf 7,31, Rudolstadt 20,10, Bonn 15,24, Mankenbach 2,99, Schlierbach 8,86, Waldenburg 8,24, Colditz 1,34, Berlin II 6,88, Dissenfurt 9,97, Breitenbach 4,10, Neuhausenleben 9,65, Rehau 3,04, Röda 1,92, Annaburg 8,86, Meuselbach 1,41, Großbreitenbach 2,14, Neuhaus 1,96, Roschütz 0,64, Manebach 8,26, Kashütte 5,64, Charlottenburg 7,98, Düsseldorf 3,00, Eisenberg 10,81, Moabit 6,16, Frauenwald 2,34, Schreiberhan 3,88, Summa Mt. 305,15 J. Ben., Schriftführer.

Versammlungskalender.

(N.B. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Standung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* Altwasser. Ortsversammlung am Sonnabend, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, im "Gasthof zum eisernen Kreuz". 1. Geschäftliches, 2. Kassenbericht, 3. Bericht des Vorsitzenden und des Schriftführers, 4. Anträge und Beschwerden. — Nach diesem Krankenkassenversammlung mit derselben Tagesordnung.

* Buckau. Ortsversammlung am Sonnabend, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, bei Fideli. R. Carl, Schriftführer.

* Waldenburg. Ortsversammlung am Sonnabend, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. 1. Geschäftliches, 2. Bericht über die Weihnachtsfeier, 3. Fragelisten, 4. Anträge und Beschwerden.

Max Richter, Schriftführer.

* Berlin II. Ausschüßtagung am Montag, den 21. Januar, Abends 8 Uhr, in Schultheiß' Musikant, Neue Jakobstr. 24/25.

F. Peter, stellv. Schriftführer.

* Moabit. Ortsversammlung am Montag, den 21. Januar, Abends 8 Uhr, bei Grunert, Leibnitzerstr. 2. 1. Bericht über die Weihnachtsfeier, 2. Bibliotheksbericht, 3. Kassenbericht pro 4. Quartal ic.

Alsdann Krankenkasse, Kassenbericht ic. G. Mar, Schriftführer.

* Rehau. Ortsversammlung am Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 2 Uhr, im "Gasthof zum goldenen Adler". Tagesordnung wird vorher selbst bekannt gegeben.

Lorenz Meyer, Schriftführer.

Summa Mt. 12 999,65.

Stebera, et.

Rehau. Friedrich Teeg, Dreher, geb. 21. 12. 1866, gest. 14. 1. 1889

an Lungenschwindsucht, franz 5 Wochen.

Beizeigten.

* Arbeitsergebnis.

2. Vorstellungsmaterialleistungen

zum baldigen Auftritt gesucht. Ross und Rossé beim Prinzipal. Offerten unter A. G. 80 durch die Redaktion der "Warte".

Verantwortlich für Redaktion Georg Ben., Druck und Verlag von S. Schäfer, Berlin C. Nepermannstr. 22.